

NIEDERSCHRIFT

| | | | |
|-----------------|---------------------------------|---------------|------------------|
| Körperschaft: | Große Kreisstadt Freital | | |
| Gremium: | Stadtrat | | |
| Sitzung am: | 4. Oktober 2018 | | |
| Sitzungsort: | Rathaus Potschappel | | |
| Sitzungsbeginn: | 18.15 Uhr | Sitzungsende: | 21.55 Uhr |

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Zählkommission zu TOP 13:

G. Kerger

J. Böhme

H. Leuschner

Zuhörer: 18

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er gibt die traurige Nachricht bekannt, dass am 17. September 2018 der langjährige Stadtrat Herr Dr. Ralf Thomas verstorben ist. Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute zum Gedenken an Herrn Dr. Thomas.

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungen. Damit ist sie angenommen.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

| | |
|---------------|---------------------------------|
| Körperschaft: | Große Kreisstadt Freital |
| Gremium: | Stadtrat |
| Sitzung am: | 4. Oktober 2018 |

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Beschlusskontrolle
3. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
4. Informationen und Anfragen
5. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
6. (Vorlagen-Nr.: I 2018/019)
Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 1 und 2 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - II. Quartal 2018
7. (Vorlagen-Nr.: I 2018/020)
Aktueller Stand zur Einführung der Software "Little Bird" zur Vergabe und Verwaltung von Kita – Plätzen
8. (Vorlagen-Nr.: B 2018/052)
Stadtrats- und Ausschusstermine 2019
9. (Vorlagen-Nr.: B 2018/053)
Übernahme von Erschließungsanlagen
10. (Vorlagen-Nr.: B 2018/054)
Feststellung Jahresabschluss 31. Dezember 2017 - Abwasserbetrieb der Stadt Freital
11. (Vorlagen-Nr.: B 2018/055)
Verwendung der Zuweisungen nach dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen
12. (Vorlagen-Nr.: B 2018/057)
Vergabe des Straßennamens im Bebauungsplangebiet "Dölzschener Straße Ost"

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Beschlusskontrolle

Den Stadträten ist mit Datum vom 2. Oktober 2018 die Beschlusskontrolle für das Jahr 2018 zugegangen. Für Fragen steht der Bereich Stadtratsangelegenheiten zur Verfügung.

Tagesordnungspunkt 3

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Pfitzenreiter informiert, dass derzeit 98 Personen (73 Männer, 12 Frauen, 13 Kinder) dezentral in Freital untergebracht sind.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Tagesordnungspunkt 4

Informationen und Anfragen

Herr Rumberg informiert, dass folgende Anfragen schriftlich beantwortet wurden:

- aus der Bürgerfragestunde zur Rekultivierung im Bereich Wendepplatz Freitaler Straße und Mängel im Bereich des Gehweges Freitaler Straße,
- der AfD-Fraktion zu Erschütterungen durch Sprengungen im Steinbruch Wurgwitz und zum Internet an Schulen und Kindertagesstätten,
- von Frau Weigel als Seniorenbeauftragte zur Errichtung einer Bank an den Haltestellen Wilsdruffer Straße (Friedhof), zur Ausschilderung des Busbahnhofes vom Deubener Bahnhof aus und eine größere Beschilderung der Hinweisschilder auf dem Busbahnhof,
- von Frau Ebert zu Lärminderungsmaßnahmen im Bereich Kreuzung Kesselsdorfer Straße/Pesterwitzer Straße,
- von Herrn Willing zum Stand der Planungen zum Umbau der ÖPNV Haltestelle Glück-Auf-Straße,
- von Herrn Chris Meyer zur Umgestaltung der Dresdner Straße in Hainsberg zwischen Rabenauer Straße und Bürgerstraße.

Herr Schiller nimmt Bezug auf die im Technischen und Umweltausschuss am 23. August 2018 gestellte Frage von Herrn N. Meyer zum schlechten Zustand des Verbindungsweges zwischen Dresdner Straße und Krönertstraße. Der Weg ist öffentlich gewidmet und es gibt Kontakt zu dem Eigentümer, die Oberfläche wieder in einen begehbaren Zustand herzustellen.

Frau Weigel bedankt sich für die Beantwortung ihrer Anfragen.

Herr Heger kommt. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Gliemann stellt im Namen der Fraktion Freie Wähler Freital schriftlich eine Anfrage bezüglich eines „Stützpunktes“ Tagespflegeperson, die im Krankheitsfall von Tagespflegepersonen deren Kinder betreut. Momentan würde als „Stützpunkt“ Frau Lux zur Verfügung stehen. Dies sollte von Seiten der Verwaltung schnellstens geprüft werden, um auch zu verhindern, dass Frau Lux ein Arbeitsangebot außerhalb Freitals annimmt. Weiterhin stellt Herr Gliemann im Namen der Fraktion Freie Wähler Freital den Antrag, dass Projekt „Ringverkehr in Freital“ (Einbahnstraßenregelung) im öffentlichen Teil des Technischen und Umweltausschusses vorzustellen. Unstrittig ist, dass die Dresdner Straße in ihrem jetzigen Zustand für Fahrradfahrer schlecht geeignet ist. Städte wie Meißen, Wilsdruff ua. zeigen, dass Einbahnstraßen funktionieren können. Erste Prüfungen durch Mitarbeiter der TU Dresden bestätigen Vorteile, zum Beispiel bezüglich Umweltschutz und für den Einzelhandel. Der Antrag soll als Anregung und Idee verstanden werden.

Herr Rumberg führt zur Thematik Tagespflegeperson aus, dass dies ein Problem ist, woran schon lange gearbeitet wird.

Herr Pfitzenreiter fügt hinzu, dass die Thematik im nächsten Bildungsausschuss auf der Tagesordnung steht.

Herr Heinzmann informiert, dass die Fraktion DIE LINKE. folgende zwei Anträge bei der Verwaltung eingereicht hat:

1. Zur Entwicklung eines Konzeptes zur Schaffung öffentlicher Toiletten bzw. zur Prüfung inwieweit in Freital öffentliche Toiletten notwendig sind.
2. Prüfung einer Einbahnstraßenregelung im Bereich Deuben/Hainsberg als Entlastung der Bürger.

Herr Tschirner erinnert an das stattgefundene Windbergfest, wo friedlich gefeiert wurde. Er selbst ist froh, wie tausende andere Einwohner auch, Bürger von Freital zu sein. Allerdings gibt es Leute, die versuchen, die Stadt anders dastehen zu lassen. Diese standen mit ihrem Stand den Gästen zum Windbergfest im Weg und versuchten, den Bürgern mit politisch-unsachlichen Informationen und Flyern den Tag zu vermiesen. Herr Tschirner bittet Herrn Rumberg sowie die Stadträte sich dafür einzusetzen, dass Volksfeste in Freital und im Umkreis von 100 m um das Festgelände herum keine politischen Veranstaltungen werden. Gegebenenfalls muss die entsprechende Satzung geändert werden. Den Bürgern von Freital rät er, der sachlichen Demokratie sowie den Erfahrungen der Stadtverwaltung und Stadträte zu vertrauen.

Herr Mayer empfiehlt Herrn Tschirner, sich mit dem Grundgesetz vertraut zu machen, welche Grundrechte Bürger und welche Aufgaben Parteien haben. Es gehört nicht in den Stadtrat, politische Polemik zu verbreiten, er selbst möchte es auf der Straße machen. Herr Mayer nimmt Bezug auf die Beantwortung seiner Anfrage bezüglich der Internetanbindung der Kindertagesstätten und Schulen. Da diese unvollständig ist, bittet er, die realen Bandbreitmessungen der noch fehlenden Einrichtungen nachzureichen. Des Weiteren sind bei vier Einrichtungen die Messwerte schlecht. Gerade mit Blick auf die Einführung der Software „Little Bird“ sollten die Probleme schnell behoben werden, da es nicht sein kann, dass Leiter „stundenlang“ vor dem Computer sitzen ehe sich eine Seite lädt. Herr Mayer bittet um einen Zeitplan, wie schnell die Einrichtungen ein schnelles Internet bekommen können.

Herr Rumberg äußert, dass der Verwaltung sehr wohl bekannt ist, dass es bei dem schnellen Internet Probleme gibt und es auch schon Gespräche mit dem Landrat gab, was den Breitbandausbau betrifft. Im Vergleich zu anderen Gemeinden im Landkreis hat die Stadt Freital jedoch schon eine führende Position, was den Zustand des Breitbandnetzes betrifft.

Herr Frenzel bittet zu prüfen und Vorschläge/Möglichkeiten zu unterbreiten, wie aktiv und präventiv Mobbing an Freitaler Schule vorgebeugt werden kann, vorhandene Strukturen gebündelt und effektiver gestaltet werden können. Grund ist, dass das Mobbing an den Schulen immer allgegenwärtiger wird und schon in der Grundschule beginnt.

Herr C. Meyer erinnert Herrn Pfitzenreiter, dass er im letzten Stadtrat mitgeteilt hat, im Sozial- und Kulturausschuss über die mobilen Kompetenzagenturen zu sprechen. Weiterhin erinnert er sich an eine Anfrage mehrerer Wohnungsgenossenschaften Anfang des Jahres bezüglich der Neugestaltung des Preismodells vom Trinkwasserzweckverband und erinnert an deren Beantwortung.

Herr Rumberg führt aus, dass die Beantwortung bereits erfolgt ist und den Stadträten vorliegen müsste.

Frau Mihály-Anastasio möchte wissen, wer für die Bänke auf dem Windberg in der Nähe des Tierheimes verantwortlich ist, da diese in einem desolaten Zustand sind. Die genauen Standpunkte wird sie der Verwaltung noch mitteilen.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 5

Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Hildebrandt-Fischer geht anhand einer Präsentation auf ihre Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte ein.

Frau Ebert ist überzeugt, dass die Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten sehr umfassend ist, dennoch sind ihr einige Aussagen zu unkonkret. Sie möchte wissen, ob es bestimmte Arbeitsschwerpunkte gegeben hat und wie deren Ergebnisse waren. Sind alle gleichberechtigt und in welchen Bereichen sind besonders hohe Aufgaben zu erledigen?

Frau Hildebrandt-Fischer antwortet, dass ein großes Thema die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist, wo es noch viel zu tun gibt. Ein großes Projekt an dem seit Anfang 2017 gearbeitet wird, ist die Gesundheitsförderung.

Herr Rumberg fügt hinzu, dass die Arbeiten und Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten schwer messbar sind, da es Prozesse sind. Die Probleme von Personen ändern sich und manche schaffen es eben nicht, aus eigener Kraft aus gewissen Situationen herauszukommen. Daher ist es auch schwer möglich, eine Tendenz zu erkennen, ob es besser oder schlechter wird. Als konkrete Maßnahmen können nur die durchgeführten Veranstaltungen und Beratungen aufgelistet werden. Bezüglich der im TOP 4 gestellten Anfrage von Herrn Frenzel zu Mobbing an Freitaler Schulen fragt Herr Rumberg, ob dies ein Thema ist, wo Frau Hildebrandt-Fischer sich mit einbringen kann.

Frau Hildebrandt-Fischer bejaht.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 1 und 2 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - II. Quartal 2018

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 25. September 2018
am 27. September 2018

Herr Schiller geht auf folgende Fragen aus dem Finanz- und Verwaltungsausschuss ein:

- Bei dem Bauvorhaben der Grundschule Glückauf Zauckerode tauchen in der Beantragung des Nachtrages und in der Schlussrechnung unterschiedliche Summen auf, aber die Begründung ist jeweils identisch. Wie lässt sich aber die Differenz von 8.100,00 Euro zu 11.900,00 Euro erklären? Die 8.100,00 Euro in der Anlage 1 sind der zweite Nachtrag. Die 11.900,00 Euro in der Schlussrechnung beinhalten den ersten und zweiten Nachtrag.
- Der zweite Nachtrag Natursteinarbeiten (Los 11) zur Sanierung Bahnhof Potschappel ist sehr hoch und es wurde die Frage gestellt, ob dieser hätte nicht durch den Technischen und Umweltausschuss beschlossen werden müssen. Herr Schiller führt aus, dass hier die Hauptsatzung nicht umgesetzt werden konnte, weil sonst die Baustelle zum Stillstand gekommen wäre bis der Technische und Umweltausschuss einen Beschluss gefasst hätte.

Weiterhin geht er kurz auf die Sach- und Rechtslage der Vorlage ein.

Herr Mayer kritisiert, dass zum wiederholten Male die Hauptsatzung mit der Begründung nicht eingehalten wird, dass die Baustelle zum Stillstand kommt, wenn die Beschlussfassung im Technischen und Umweltausschuss abgewartet wird. Er bittet, dass die Zeitschiene der Entscheidungsfindung für diesen Mehraufwand den Stadträten schriftlich vorgelegt wird, um zu erkennen, wo in Zukunft etwas geändert werden muss. Dennoch ist nicht nachvollziehbar, dass eine Summe von 48.000,00 Euro einfach auf dem kurzen Dienstweg entschieden und zusätzlich ausgegeben wird. Des Weiteren bedankt sich Herr Mayer für die detaillierte Begründung zur Anerkennung der Schlussrechnung für den Umbau und die Erweiterung der Grundschule Wurgwitz, womit alles nachvollziehbar wird.

Herr Rumberg bemerkt, dass es zwischen der Theorie und Praxis Unterschiede gibt. Den Stadträten werden keine Dinge vorenthalten, aber in der heutigen Zeit eine Baustelle zum Stillstand zu bringen, bis ein ordnungsgemäßer Beschluss herbeigeführt wird, ist nicht möglich.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Aktueller Stand zur Einführung der Software "Little Bird" zur Vergabe und Verwaltung von Kita - Plätzen

Vorberatung im Bildungsausschuss
Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 18. September 2018
am 18. September 2018
am 27. September 2018

Herr Pfitzenreiter erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Rülke bedankt sich, dass die Verwaltung in regelmäßigen Abständen über den Sachstand zur Einführung von Little Bird informiert hat. Die Probleme sieht er nicht bei der Verwaltung sondern beim Anbieter der Software. Wurde der Hersteller schon einmal gebeten bzw. besteht die Möglichkeit, ihn in einen der Ausschüsse einzuladen, um seine Sicht der Dinge darzustellen?

Herr Rumberg bittet, die Verwaltung die Verhandlungen führen zu lassen und er glaubt auch nicht, dass die Firma unentgeltlich in den Ausschuss kommt.

Herr Rülke sieht in den Worten „nicht unentgeltlich“ eine Eigenschaft des Herstellers.

Herr Rumberg wird, auch wenn das Verhältnis im Moment etwas angespannt ist, einmal nachfragen, was die Anwesenheit im Ausschuss betrifft.

Herr C. Meyer bedauert als Mitglied der Projektgruppe zur Einführung Little Bird, dass es nicht gelungen ist, das Gesamtziel bis jetzt zu erreichen. Das ursprüngliche von der Verwaltung individuell ausgeklügelte zentrale Vergabesystem stand aus Sicht der Beteiligten in der Kritik, was die Transparenz angeht. Die Wünsche und Vorstellungen der Verwaltung zu den Funktionalitäten einer neuen Vergabesoftware waren umfangreich und aus heutiger Sicht in der Umsetzung viel zeitaufwendiger und teurer. Mit Little Bird kann die gewollte Transparenz zwischen Eltern und Einrichtungen hergestellt werden. Bis zur Einführung und auch darüber hinaus wird weiter an der Software gearbeitet. Die jetzt durch Bundes- und Landesregierung beschlossenen Veränderungen machen die Vergabe und die Abrechnungen im Kindertagesstättenbereich zukünftig nicht leichter.

Herr Mayer greift die im TOP 4 erwähnte Beantwortung seiner Anfrage zum schnellen Internet an städtischen Kindertagesstätten auf. Eben auch für Little Bird ist ein schneller Internetzugang notwendig.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 8

B 2018/052

Stadtrats- und Ausschusstermine 2019

| | |
|---|-----------------------|
| Vorberatung im Bildungsausschuss | am 18. September 2018 |
| Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss | am 18. September 2018 |
| Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss | am 25. September 2018 |
| Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss | am 27. September 2018 |

Herr Weichlein erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage. Aufgrund der am 26. Mai 2019 stattfindenden Kommunalwahl und der einzuhaltenden Fristen der Wahlprüfung ist es nicht machbar, die konstituierende Sitzung vor den Ferien stattfinden zu lassen. Weiterhin führt er aus, dass die drei temporären Ausschüsse der jetzigen Wahlperiode (Ausschuss Lederfabrik, Bildungsausschuss und Neuausrichtung städtischer Gesellschaften), die nicht in der Hauptsatzung geregelt sind, im Sitzungskalender 2019 über die Kommunalwahl 2019 hinaus nicht weiter geplant sind. Sollten diese weiter Bestand haben, muss der neue Stadtrat eine Entscheidung dazu treffen.

Im Stadtrat am 6. September 2018 wurden von Herrn Brandau folgende Anträge eingereicht:

1. Aufhebung des Ausschusses Lederfabrik,
2. Aufhebung des Ausschusses Neuausrichtung städtischer Gesellschaften und
3. Eingliederung des Bildungsausschusses in den Sozial- und Kulturausschuss, inklusive Namensänderung.

Diesbezüglich hat Herr Weichlein Kontakt mit Herrn Brandau aufgenommen und da die Ausschüsse mit der Wahlperiode sowieso auslaufen, hat Herr Brandau in diesem Gespräch die Anträge zurückgezogen, so dass sie nicht weiter verfolgt werden.

Herr Wolframm findet es unglücklich in der Ferienzeit die konstituierende Sitzung zu machen. Für ihn wäre der 4. Juli 2019 oder 20. August 2019 eine Möglichkeit für die konstituierende Sitzung. Damit könnten Probleme, die bei der Ausschuss- oder Aufsichtsratsbesetzung auftreten können, umgangen werden.

Herr Weichlein geht näher auf die notwendigen Schritte und Verfahren nach der Wahl ein, womit der 4. Juli 2019 nicht planbar ist. Der 20. August 2019 ist theoretisch machbar, ist aber sehr spät nach der Kommunalwahl.

Herr Retz spricht sich ebenfalls gegen die konstituierende Sitzung in den Sommerferien aus. Es sind in fast jeder Woche Ausschüsse, so dass man nur in den Ferien Urlaub machen kann. Er regt an, generell darüber nachzudenken, monatlich nur zwei Wochen mit Ausschüssen zu belegen.

Herr Brandau spricht sich ebenfalls gegen den 11. Juli 2019 aus, zumal der 4. Juli 2019 möglich ist, wenn die Prüfung schneller geht. Wäre es möglich, wenn die Wahlprüfung schneller geht, kurzfristig von dem 11. Juli 2019 auf den 4. Juli 2019 umzuschwenken.

Herr Weichlein sieht dies eher kritisch.

Herr Brandau sieht dies nicht so und regt an, dann sowohl den 4. Juli 2019 als auch den 11. Juli 2019 als konstituierende Sitzung in den Kalender aufzunehmen.

Herr Tschirner findet den Vorschlag, beide Termine zu planen nicht schlecht, zumal noch keiner weiß, wer von den heutigen Stadträten dann noch im Stadtrat sitzt. Ansonsten ist es auch Ende August möglich.

Herr Rumberg sieht es bedenklich, nach der Kommunalwahl noch mit dem alten Stadtrat bis zu einer konstituierenden Sitzung im August handlungsfähig zu sein. Daher wurde unter Einhaltung der zu beachteten Fristen der 11. Juli 2019 vorgeschlagen, um dann einen neu gewählten funktionierenden Stadtrat zu haben.

Herr Wolframm spricht sich für den 4. Juli 2019 und den 20. August 2019 als konstituierende Sitzung aus. Damit kann flexibel reagiert werden.

Herr Weichlein erklärt, dass das Eintragen zweier Termine möglich ist, aber praktisch ist es schwer damit umzugehen.

Frau Dr. Darmstadt hat sich auch immer dafür ausgesprochen, keine Sitzungen in den Ferien zu planen. Aber bei dem 11. Juli 2019 handelt es sich um die konstituierende Sitzung in der ersten Ferienwoche, die auch veröffentlicht wird. Jeder Kandidat, der sich zur Wahl stellt, kennt den Termin dann schon. Man sollte bei dem 11. Juli 2019 bleiben und es nicht komplizierter machen.

Herr Rülke schließt sich den Worten von Frau Dr. Darmstadt an.

Herr Heger unterbreitet den Vorschlag, sowohl den 4. Juli 2019 als auch den 11. Juli 2019 als konstituierende Sitzung einzutragen. Falls die Prüfung der Aufsichtsbehörde bis zum 4. Juli 2019 nicht da ist, weicht man eben auf den 11. Juli 2019 aus.

Herr Specht gibt zu bedenken, dass vor allem bei kleineren Fraktionen die Gefahr besteht, dass bei einer Sitzung in den Ferien nicht genügend Stadträte anwesend sind, wobei gerade in der konstituierenden Sitzung alle Stimmen gefragt sind, da es dort auch um die Ausschuss- und Aufsichtsratsbesetzungen geht. Er selbst hat, obwohl er nicht weiß, ob er wieder gewählt wird, für diesen Zeitraum schon Urlaub geplant. Daher spricht er sich eher für den 4. Juli 2019 aus, wenn es machbar ist, ansonsten für den 19./20. August 2019.

Herr C. Meyer fragt, wenn der 4. Juli 2019 nicht klappt und am 20. August 2019 die konstituierende Sitzung stattfindet, ob dann der alte Stadtrat bis dahin noch Entscheidungen zu treffen hat.

Herr Weichlein bejaht. Daher ist es ungünstig, die konstituierende Sitzung so spät nach der Kommunalwahl stattfinden zu lassen.

Herr Rumberg bemerkt, wenn der 20. August 2019 genommen wird, der für diesen Tag im Sitzungskalender vorgesehene Sozial- und Kulturausschuss verschoben werden muss.

Herr Rülke weist darauf hin, wenn der 4. Juli 2019 für die konstituierende Sitzung genommen wird und diese dann nicht stattfinden kann, weil kein bestätigtes Wahlergebnis vorliegt, es dann passiert, dass bis August keine Entscheidungen getroffen werden können, weil immer das Argument kommt, dass in den Ferien niemand da ist. Somit muss der 11. Juli 2019 zwangsläufig drin bleiben, auch wenn der 4. Juli 2019 als Ausweichtermin mit aufgenommen wird.

Herr Käfer stellt, unabhängig wer sich von den jetzigen Stadträten zur kommenden Wahl noch einmal aufstellen lässt, die Frage in den Raum, wieviel von den anwesenden Stadträten jetzt schon Urlaub für 2019 gebucht haben. Wenn dies nur ein sehr kleiner Anteil ist, muss die Diskussion um den 11. Juli 2019 nicht so ausgedehnt werden.

Herr Rumberg wird die Frage nicht beantworten lassen.

Herr Gliemann kann einige Einwände nachvollziehen, aber wer sich zur Wahl aufstellen lässt, kennt die Termine dann und kann versuchen sie freizuhalten. Er schließt sich dem Vorschlag an, den 4. Juli 2019 und 11. Juli 2019 als Termine für die konstituierende Sitzung vorzusehen.

Herr Rumberg greift aus der Diskussion die Variante auf, den 4. Juli 2019 und 11. Juli 2019 als Termine für die konstituierende Sitzung aufzunehmen und macht sie sich zu Eigen, womit sich der Beschlussvorschlag ändert.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung des ergänzenden Beschlussvorschlages.

Beschluss-Nr.: 078/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Stadtrats- und Ausschusstermine einschließlich der Fortsetzungstermine für das Jahr 2019 entsprechend der Terminübersicht (Anlage) sowie der Änderung, dass der 4. Juli 2019 und 11. Juli 2019 jeweils als Ausweichtermine für die konstituierende Sitzung vorgesehen werden.

Abstimmungsergebnis

| | |
|---|----|
| Zahl der Gremiumsmitglieder: | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 28 |
| Davon stimmberechtigt: | 28 |
| Ja-Stimmen: | 25 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Stimmenthaltungen: | 3 |

Tagesordnungspunkt 9**B 2018/053****Übernahme von Erschließungsanlagen**

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss am 25. September 2018
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 27. September 2018

Herr Weichlein erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 079/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital stimmt der Übernahme der Flurstücke 71/11, 71/12, 71/13 und 71/22 jeweils der Gemarkung Döhlen in städtisches Eigentum zu.

Abstimmungsergebnis

| | |
|---|----|
| Zahl der Gremiumsmitglieder: | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 28 |
| Davon stimmberechtigt: | 28 |
| Ja-Stimmen: | 27 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Stimmenthaltungen: | 1 |

Tagesordnungspunkt 10**B 2018/054****Feststellung Jahresabschluss 31. Dezember 2017 - Abwasserbetrieb der Stadt Freital**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 27. September 2018

Herr Hartig erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Mayer bedankt sich für die detaillierte und umfangreiche Darstellung im Jahresabschluss sowie die Beantwortung der Frage aus dem Finanz- und Verwaltungsausschuss zur Aufschlüsselung von Niederschlags- und Schmutzwasser.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 080/2018

1. **Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital stellt den Jahresabschluss 2017 des Abwasserbetriebs der Stadt Freital mit folgenden Ergebnissen fest**
 - 1.1 **Bilanzsumme** **61.324.637,64 Euro**
 - 1.1.1 **davon entfallen auf der Aktivseite auf das Anlagevermögen** **57.165.064,90 Euro**
das Umlaufvermögen **4.159.572,74 Euro**
 - 1.1.2 **davon entfallen auf der Passivseite auf das Eigenkapital** **23.061.396,79 Euro**
die Sonderposten aus Zuschüssen zum Anlagevermögen **19.565.544,31 Euro**
die Rückstellungen **896.503,63 Euro**
die Verbindlichkeiten **17.736.824,75 Euro**
 - 1.2 **Jahresüberschuss** **563.959,34 Euro**
 - 1.2.1 **Summe der Erträge** **6.303.373,38 Euro**
 - 1.2.2 **Summe der Aufwendungen** **5.739.414,04 Euro**
2. **Der Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt 563.959,34 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
3. **Der Gewinnvortrag aus dem Wirtschaftsjahr 2016 in Höhe von 681.025,48 Euro wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.**
4. **Der Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2017 die Entlastung erteilt.**
5. **Die im Rechnungswerk enthaltene Kostenüberdeckung im Sinne von § 10 SächsKAG aus dem Kalkulationszeitraum 2017 wird festgestellt.**

Abstimmungsergebnis

| | |
|---|----|
| Zahl der Gremiumsmitglieder: | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 28 |
| Davon stimmberechtigt: | 28 |
| Ja-Stimmen: | 28 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Stimmenthaltungen: | 0 |

Tagesordnungspunkt 11

B 2018/055

Verwendung der Zuweisungen nach dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 27. September 2018

Herr Funk erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Rülke stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

1. Die pauschale Zuweisung nach dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen für das Jahr 2018 in Höhe von 70.000,00 Euro ist in das Haushaltsjahr 2019 zu übertragen. Die Mittel für die Jahre 2019 und 2020 sind jeweils auf die Folgejahre zu übertragen.

2. Die unter 1. genannten Mittel sind zur Förderung ehrenamtlichen Engagements, wie z.B. die Unterstützung der freiwilligen Feuerwehr, von Kunst-, Kultur, Sport- sowie Heimatvereinen und Brauchtumspflege oder von Ortsteilfesten zu verwenden.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für eine Verteilung der Mittel zu erarbeiten, über die der Stadtrat mit der jeweiligen Haushaltssatzung einen Beschluss zu fassen hat.

Das ehrenamtliche Engagement der Bürger trägt einen wichtigen Teil zum aktiven Leben in der Stadt Freital bei und dies sollte gewürdigt werden. Der Vorteil der Übertragung in das Folgejahr ist, dass die Mittel frühzeitig zur Verfügung stehen.

Herr Gliemann spricht sich für den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus, weil neben dem Ehrenamt auch die Vereine berücksichtigt werden.

Herr Dr. Wasner findet es ungünstig, vor der Haushaltsklausur festzulegen, wie mit Geld umgegangen wird, was für 2019 ist. Ehrenamt ist notwendig, aber es wird auch schon viel dafür getan.

Herr Rumberg erklärt, dass das Geld bereits bei der Verwaltung eingegangen ist, dieses nur in das Jahr 2019 übertragen werden soll, weil man auf die Schnelle nicht weiß, für was es eingesetzt werden soll. Jedenfalls soll es nicht zur Deckung der Kreisumlage genutzt werden. Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion kann Herr Rumberg zustimmen und dennoch kann in der Haushaltsklausur darüber noch diskutiert werden.

Herr Brandau schließt sich dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion an.

Herr Wolframm stimmt im Namen der Fraktion SPD/Die Grünen dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu.

Herr Mumme schlägt im Namen der Fraktion DIE LINKE. vor, dass mit diesem Geld das Ehrenamt der Blaulichtberufe (z. B. Jugendrotkreuz, Wasserwacht, Jugendfeuerwehr usw.) geehrt wird, in dem sie freien Eintritt in städtische kulturelle Einrichtungen und das Hallenbad sowie die Freibäder erhalten. Für die Nachwuchsgewinnung ist es förderlich, dass Signale gesetzt werden, dass diese gefährlichen Ehrenämter geachtet werden.

Herr Rumberg äußert, dass es sich bei Herrn Mumme um konkrete Vorschläge handelt, wie die 70.000,00 Euro verwendet werden sollen. Momentan geht es darum zu beschließen, ob das Geld angenommen wird.

Herr Rülke ist der Meinung, dass die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE. durch den Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht ausgeschlossen werden. Daher fragt er, ob das Anliegen der Fraktion DIE LINKE. mit in den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aufgenommen und von Seiten der Verwaltung geprüft werden kann, wie hoch die Summe der Eintrittsgelder wäre, die für das Ehrenamt übernommen werden müsste.

Frau Ebert bittet, die Sächsische Ehrenamtskarte mit einzubeziehen und Angebote in Freital zu schaffen.

Herr Rülke legt dar, auch mit der Betrachtung der Vorschläge der Fraktion DIE LINKE., geht es erst einmal darum, die 70.000,00 Euro in der Stadt zu belassen und festzulegen, dass der Betrag gemeinnützigen Vereinen sowie dem Ehrenamt zu Gute kommt. Die Details werden später geklärt.

Herr Funk bestätigt die Aussage von Herrn Rülke, es ist aber nicht machbar, bis zur Haushaltsklausur am 3. November 2018 konkrete Verwendungsvorschläge zu unterbreiten. Des Weiteren sollten investive Maßnahmen möglichst gering gehalten werden, da es sich zum einen um temporäre Zuschüsse handelt und zum anderen damit Folgekosten verbunden sind.

Herr Mayer unterstützt den Vorschlag zur Unterstützung des Ehrenamtes und somit den Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., der eigentlich ein gesonderter Antrag werden müsste. Herr Mayer trägt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit.

Herr Frenzel erinnert an die im Stadtrat 31. Mai 2018 von ihm gestellte Anfrage zur Verbesserung der Sächsischen Ehrenamtskarte, wo bereits Bezug auf die jetzt zur Verfügung stehenden Mittel Bezug genommen wurde. In der Antwort der Verwaltung stand, dass Möglichkeiten und Wege der Erweiterung der Angebote für die Inhaber der Sächsischen Ehrenamtskarte geprüft werden.

Herr Rumberg bittet erst einmal zu beschließen, dass die 70.000,00 Euro gesichert werden und die Details später festzulegen. Da es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, bringt Herr Rumberg zuerst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung. Sollte dieser mehrheitlich angenommen werden, ist der Tagesordnungspunkt beendet.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Beschluss-Nr.: 081/2018

- 1. Die pauschale Zuweisung nach dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen für das Jahr 2018 in Höhe von 70.000,00 Euro ist in das Haushaltsjahr 2019 zu übertragen. Die Mittel für die Jahre 2019 und 2020 sind jeweils auf die Folgejahre zu übertragen.**
- 2. Die unter 1. genannten Mittel sind zur Förderung ehrenamtlichen Engagements, wie z.B. die Unterstützung der freiwilligen Feuerwehr, von Kunst-, Kultur, Sport- sowie Heimatvereinen und Brauchtumpflege oder von Ortsteilfesten zu verwenden.**
- 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für eine Verteilung der Mittel zu erarbeiten, über die der Stadtrat mit der jeweiligen Haushaltssatzung einen Beschluss zu fassen hat.**

| | |
|---|----|
| Abstimmungsergebnis | |
| Zahl der Gremiumsmitglieder: | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 28 |
| Davon stimmberechtigt: | 28 |
| Ja-Stimmen: | 24 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Stimmenthaltungen: | 4 |

| | |
|--|-------------------|
| Tagesordnungspunkt 12 | B 2018/057 |
| Vergabe des Straßennamens im Bebauungsplangebiet "Dölzschener Straße Ost" | |

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss
Vorberatung im Ortschaftsrat Pesterwitz

am 25. September 2018
am 27. September 2018
am 1. Oktober 2018

Frau Schattanek erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Brandau stellt den Antrag, die Worte „An der“ zu streichen, so dass die Straße nur „Lindenallee“ heißt.

Herr Rumberg hat sich die Frage auch gestellt, aber an der Straße gibt es keine Linden, so dass es besser ist „An der Lindenallee“.

Herr C. Meyer möchte wissen, wie die andere Straße im Baugebiet „Dölzschener Straße Ost“ heißen soll.

Frau Schattanek erklärt, dass die andere Straße die Verlängerung der Straße „Schöne Aussicht“ ist.

Herr Retz erinnert, dass der Stadtrat in den letzten Jahren fast immer den Vorschlägen der Ortschaftsräte gefolgt ist und er auch hier dem Vorschlag des Ortschaftsrates folgt. Ungeachtet dessen bedauert er, dass die Chance vergeben wird, einen historischen Bezug oder verdienstvolle Persönlichkeit des Ortes Pesterwitz mit einem Straßennamen zu würdigen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 082/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, die Planstraße 1 im Bebauungsplangebiet „Dölzschener Straße Ost“ mit dem Straßennamen „An der Lindenallee“ zu benennen.

Abstimmungsergebnis

| | |
|---|----|
| Zahl der Gremiumsmitglieder: | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 28 |
| Davon stimmberechtigt: | 28 |
| Ja-Stimmen: | 27 |
| Nein-Stimmen: | 1 |
| Stimmenthaltungen: | 0 |

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.